

# Am 25. Mai ist Europawahl

gewählt wird die Zusammensetzung des europäischen Parlaments

dazu:

## ATME-Wahlcheck

Antworten zur Europawahl 2014  
- 26. April 2014 -

Positionen der Parteien zur Europawahl am 25. Mai 2014 zum Thema geschlechtliche Vielfalt. In den Fragen wollten wir wissen, ob alle Angehörige von LSBTTIQ sichtbar gemacht werden und ob hier Gleichberechtigung zu den Zielen der Parteien gehören. Zur Gleichberechtigung gehört nach Ansicht der Aktion Transsexualität und Menschenrecht e.V. der Abbau ausgrenzender staatlicher und medizinischer Ungleichbehandlung von Menschen, die geschlechtlich von der Norm abweichen. Staatliche und medizinische Ungleichbehandlung existiert europaweit beispielsweise durch psychopathologisierende und pathologisierende Konzepte wie „Gender Identity Disorder“ / „Gender Dysphorie“ bzw. „Disorders of Sex Development“. Wir wollten wissen, wie was die Parteien tun wollen, um diese Ungleichbehandlung im Sinne der Menschenrechte zu beenden.

Zudem wollten wir wissen, wie die Parteien mit dem jüngsten Trend in der Medizin und Psychologie umgehen, dass durch Umbenennung von Störungen ein Abbau von Stigmatisierungen nur angetäuscht wird, durch die Hintertür damit aber vor allem die Definitionshoheit bzw. Macht der Medizin und Psychologie über Geschlecht gesichert werden soll (Stichwort: „Identitätserleben“ bzw. „Geschlechts-Dysphorie“).

Manche Passagen der Antworten, die uns als wichtig erscheinen, sind von uns (**fett**) hervorgehoben. Um hervorzuheben, ob LSBTTIQ komplett genannt ist (dass bestimmte Gruppen unter den Tisch fallen, ist ja keine Seltenheit), haben wir die Bereiche dort *kursiv* markiert, wo eine umfassende Nennung Sinn gemacht hätte (dort, wo die Antwort sich auf einen spezifischen Bereich bezieht, haben wir den Text „normal“ gelassen).

Von wem wir die Antworten erhalten haben, steht jeweils auf der rechten Seite.

LSBTTIQ bedeutet:

lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, trans- und intersexuell, queer



## CDU (Christlich Demokratischen Union Deutschland)

Kathrin Madalo  
 CDU-Bundesgeschäftsstelle  
 Sekretärin des stellv. Bereichsleiters  
 Bereich Politische Programme und Analysen

Die CDU Deutschlands verurteilt *Homophobie und Transphobie*. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen *homo- und transphobe* Tendenzen genauso wie gegen jede Form der Diskriminierung. Wir werden den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema *Homo- und Transphobie* erweitern. Um einen wirksamen Diskriminierungsschutz in Deutschland sicherzustellen, wurde mit dem Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geschaffen, die sowohl als Ansprechpartner für alle von Diskriminierung Betroffenen dient, als auch mit eigenen Programmen zu einem Abbau von Diskriminierung beiträgt. Toleranz gegenüber *Schwulen, Lesben und Transgendern* sollten nach unserer Auffassung auch im Rahmen von Programmen zur Gewaltprävention Thema sein.

Die Gleichbehandlung aller Menschen ist im allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 Grundgesetz festgeschrieben und wird in vielen Einzelgesetzen und -normen, so dem AGG für die verschiedenen Rechtsbeziehungen konkretisiert. **Für eine explizite Festschreibung der sexuellen Identität als Diskriminierungsmerkmal in Art. 3 Absatz 3 Grundgesetz besteht daher kein Bedarf.** Eine solche Ergänzung des Grundgesetzes wäre reine Symbolpolitik und dies lehnt die CDU ab.

2011 haben wir die Errichtung der **Bundesstiftung Magnus Hirschfeld** und ihre Ausstattung mit einem Stiftungsvermögen beschlossen. Eine der Aufgaben der Stiftung ist es, die gesellschaftliche *Lebenswelt homo- und transsexueller Menschen* in Deutschland zu erforschen. Ebenso ist sie beauftragt, einer gesellschaftlichen Diskriminierung *homo- und transsexueller Menschen* in Deutschland entgegenzuwirken.

Grundsatz der CDU ist es: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Mit der Einrichtung der Magnus-Hirschfeld-Stiftung setzen wir uns dafür ein, dass ein sach- und personenbezogener Diskurs stattfinden kann. **Dabei geht es nicht um die Spaltung von Menschen in natürliche und unnatürliche Geschlechter.** Wir möchten dazu beitragen, dass die Gesellschaft durch Studien und einem sachlich richtigen Diskurs informiert wird und somit einer Diskriminierung transsexueller Männer und Frauen entgegengewirkt wird.

Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen der Würde des Menschen verbieten sich bereits aufgrund Art. 1 Grundgesetz. Daher verbieten sich auch in der Folge diversifizierende und stigmatisierende Klassifizierungen von sexuellen Orientierungen und Empfindungen.

In Deutschland herrscht der Grundsatz der Meinungsfreiheit. **Es ist nicht möglich, einer bestimmten Gruppierung Diagnoseverfahren vorzuschreiben, und dies ist im Sinne der Berufsausübungsfreiheit auch nicht gewollt.** Durch die freie Arztwahl wird es Betroffenen ermöglicht, im Bedarfsfall eine von ihnen gewählte und ihren Interessen entsprechende Behandlungsart wahrzunehmen.

Die CDU achtet das Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen. Seit dem 1. Februar 2013 gilt folgende Änderung im Personenstandsgesetz: Wird bei der Geburt eines Kindes das Geschlecht nicht eindeutig festgestellt, kann auf den entsprechenden Eintrag im Personenstandsregister verzichtet werden. Intersexuelle werden damit nicht mehr auf ein Geschlecht festgelegt, sondern entscheiden selbst, welches Geschlecht sie wählen. **Wir unterstützen deshalb die Forderung, dass chirurgische und/oder medikamentöse bzw. hormonelle Eingriffe nur mit der informierten Einwilligung der betroffenen Menschen erfolgen dürfen, die durch das Einverständnis der Sorgeberechtigten nicht ersetzt werden kann.** Die durch die Änderung des Personenstandsrechts für intersexuelle Menschen erzielten Verbesserungen werden wir evaluieren und gegebenenfalls ausbauen sowie die besondere Situation von trans- und intersexuellen Menschen in den Fokus nehmen.

Am 23. März 2007 wurden in Yogyakarta/Indonesien von international anerkannten Menschenrechtsexperten die „Yogyakarta-Prinzipien“ vorgestellt. Zentrale Anliegen sind die Bekämpfung von Gewalt gegen Homo- und Transsexuelle und der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexualität. **Die CDU betrachtet die Yogyakarta-Prinzipien als einen wichtigen Beitrag der Zivilgesellschaft,** der die Debatte zum Thema Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechteridentität versachlichen kann. Die Bundesregierung setzt sich für die Aufnahme der Yogyakarta-Prinzipien in den EU-*LSBT*-Maßnahmenkatalog ein.

Im Dezember 2008 wurde eine **Erklärung über die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität in Bezug auf spezifische *LSBT*-Rechte vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen** verlesen und mittlerweile von zahlreichen Staaten unterzeichnet. Deutschland gehörte, gemeinsam mit den EU-Partnern, zu den Erstunterzeichnern. Die Erklärung fasst Bestandteile bestehender internationaler Vereinbarungen über Menschenrechte zusammen und formuliert das Ziel des Schutzes vor jeder Diskriminierung, Verfolgung und Gewalt durch Staaten aufgrund von sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. **Diese Entwicklung unterstützt die CDU und befürwortet sie als richtungsweisend.**

Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) haben wir ein Instrumentarium geschaffen, um wirksam gegen Diskriminierung vorgehen zu können. Damit haben wir die Rechte des Einzelnen, der von Diskriminierung betroffen ist, sehr gestärkt, z. B. über die Beweisregeln. Wie bereits angeführt, haben wir 2011 die Errichtung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld und ihre Ausstattung mit einem Stiftungsvermögen beschlossen. Eine der Aufgaben der Stiftung ist es, die gesellschaftliche Lebenswelt *homo- und transsexueller* Menschen in Deutschland zu erforschen. Ebenso ist sie beauftragt, einer gesellschaftlichen Diskriminierung *homo- und transsexueller Menschen* in Deutschland entgegenzuwirken.

Die CDU steht zu dem für die Europäischen Verträge grundlegenden Subsidiaritätsprinzip: Probleme sollten möglichst nahe bei den Bürgerinnen und Bürger gelöst werden. **Der rechtliche Schutz vor Diskriminierung sollte daher vorrangig auf der Ebene der Mitgliedstaaten geregelt werden.**



## SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)

Matthias Machnig  
Leiter Wahlkampf Europa  
i.A. Karola Raabe

Grundrechte gelten für alle Menschen. **Der Grundsatz der Gleichbehandlung muss ungeachtet der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität gelten.** Darum hat das Europäische Parlament am 4. Februar dieses Jahres eine Entschließung für einen europäischen Fahrplan zum Schutz der Rechte von *LSBTI* angenommen. Wir SozialdemokratInnen haben uns dabei im Rahmen einer progressiven Allianz gegen die Konservativen durchgesetzt und erreicht, dass der sogenannte "**Lunacek**"-Bericht eine Mehrheit gefunden hat.

Der geforderte Fahrplan zum Schutz der Rechte von *LSBTI* soll die Sichtbarkeit von *LSBTI*-Personen fördern und Diskriminierung bekämpfen. Ein solches Instrument würde die Einbeziehung der Bedürfnisse von *LSBTI* sowohl im Rahmen aller europäischen Gesetzgebungsinitiativen, als auch im Austausch positiver Praktiken auf Ebene der Mitgliedstaaten fördern. In Absatz G der Entschließung wird auf spezifische Aktionen für trans- und intersexuelle Menschen hingewiesen. In vielen Bereichen der europäischen Politik eine Klarstellung vonnöten, damit künftig nicht nur Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, sondern auch aufgrund der Geschlechtsidentität mit abgedeckt wird. Darüber hinaus muss der Rahmenbeschluss des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit neu gefasst werden, damit in Zukunft auch durch Vorurteile bedingte Kriminalität und Aufstachelung zum Hass aus Gründen der sexuellen Orientierung sowie der Geschlechtsidentität mit abgedeckt sind.

Die Forderung nach Sichtbarkeit ist im Zusammenhang der Aufklärung und Bewusstseinsförderung auf nationalstaatlicher sowie europäischer Ebene ein wichtiger Punkt, das beinhaltet die Aufklärung über Transgender-Personen sowie Transsexuelle Menschen. In diesem Zusammenhang **bedauern wir die Ablehnung des so genannten Estrela Berichtes am 10. Dezember 2013 durch eine konservative Mehrheit.** Die hierin vorgesehene verbindliche **sexualkundliche Erziehung** sollte nicht nur der Gesundheitsvorsorge dienen. Vielmehr wurde, unter Respekt des Subsidiaritätsprinzips, von den Mitgliedstaaten ausdrücklich ein Unterricht gefordert, der "nicht diskriminierende Informationen" über Sexualität, sexuelle Orientierung, geschlechtliche Identität und Geschlechts-Ausdruck vermittelt.

**Aufgrund des binären Geschlechtsmodells und einer Aufteilung in "natürliche" und "unnatürliche" Geschlechter, werden trans- sowie intersexuelle Menschen nicht nur häufig diskriminiert, sondern auch pathologisiert.** Auch diesbezüglich ist **Aufklärung wichtig.** In diesem Zusammenhang unterstützen wir die Europäische Kommission bei ihrem Einsatz in der Weltgesundheitsorganisation, **Störungen der Geschlechtsidentität von der Liste der psychischen Störungen und Verhaltensstörungen zu nehmen und begrüßen ihren Einsatz für eine nichtpathologisierende Neueinstufung bei der Revision der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD-11).** Die Entschließung zur Lage der Grundrechte in der EU 2010-2011, die wir SozialdemokratInnen unterstützt haben, verurteilt nachdrücklich diese noch

immer in vielen Mitgliedstaaten vorkommende Pathologisierung von trans- und intersexuellen Menschen. **Die Mitgliedstaaten werden dazu aufgefordert, "rechtliche Verfahren zur Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit auf der Grundlage des argentinischen Modells einzuführen oder zu überarbeiten und die Voraussetzungen (einschließlich Zwangssterilisation) für die Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit zu überprüfen". Wir Sozialdemokrat\_innen werden auch weiterhin politischen Druck machen, damit die Mitgliedstaaten dieser Forderung der Europäischen Parlamentes nachkommen.** Die rechtliche Zuständigkeit dafür liegt jedoch in den Händen der Mitgliedstaaten.

Im letzten Absatz Ihres Fragebogens weisen Sie auf die Namensgebung der LSBT-Intergroup im Europäischen Parlament hin, einer Arbeitsgruppe zu dem Thema. Sie haben sicherlich nicht ganz Unrecht, darauf aufmerksam zu machen, dass im Namen nur "Transgender" aber nicht explizit "Transsexuelle" angesprochen sind. Man kann dagegen einwenden, dass die Definition des Europarates von "Transgender" sehr inklusiv ist und beides umfasst. Es lohnt sich aber sicherlich, die Frage der Namensgebung nach der Neukonstituierung des neuen Parlamentes nach den Wahlen im Mai noch einmal zu debattieren, um diesen eventuell zu ändern. Das hängt natürlich auch davon ab, ob das neue Parlament beschließt, die Arbeitsgruppe beizubehalten - was sicherlich wünschenswert ist und von uns SozialdemokratInnen unterstützt wird.



## Die Grünen/EFA, Österreich + Bündnis 90/Die Grünen

Ulrike Lunacek, MEP  
 Die Grünen/EFA, Österreich  
 Vizepräsidentin und Außenpolitische Sprecherin der Grünen/EFA  
 Vorsitzende der LGBT Intergroup des EP  
 Delegationsleiterin der Grünen Österreich  
 Europäisches Parlament, ASP 08 G169

und

Jan Philipp Albrecht, MdEP / MEP  
 Mitglied des Europäischen Parlaments / Member of European Parliament

Im Allgemeinen versucht die Grüne/EFA Fraktion alle Minderheiten und von Diskriminierung gefährdete Gruppen in ihre Antidiskriminierungsarbeit einzubeziehen. In der tagtäglichen Arbeit wird aber auch versucht, spezifische Themen für bestimmte Gruppen aufzugreifen. **Was transsexuelle Personen betrifft, sind wir uns darüber bewusst, dass besonders die generelle Anerkennung, gleicher Zugang zu Gesundheitsvorsorge und zu BürgerInnenrechten, die an Ausweispapiere gekoppelt sind, sowie Akte von "hate crime" und "hate speech" gegen diese Personengruppe in der politischen Arbeit Beachtung finden müssen.** Daher beziehen wir diese Fragen in unsere legislative Arbeit mit ein. Unsere generelle Haltung in der Antidiskriminierungsarbeit ist "Gleichbehandlung bedeutet Gleichbehandlung", das heißt, **es darf keine Differenzierung zwischen verschiedenen von Diskriminierung betroffenen Gruppen geben.**

Für uns Grüne ist die Sichtbarkeit von transsexuellen Personen sowie deren Einbeziehung in größere Minderheiten, die von Diskriminierung betroffen sind, eine sehr wichtige Strategie im Kampf gegen Diskriminierung. Denn wir glauben, dass durch das Abzielen auf eine größere Gruppe von Menschen leichter Lösungen gefunden werden können.

Wir akzeptieren die Differenzierung zwischen natürlichen und unnatürlichen Geschlechtern nicht und finden diese Kategorisierung von Menschen diskriminierend und inakzeptabel. **Wir kennen die Diskussion rund um den Begriff "Identitätserleben" und tappen nicht in die Falle der Stigmatisierung nach dieser Kategorisierung. Wir unterstützen den Trend, ein falsches Verständnis von Geschlechtsidentität durch ein anderes falsches, stigmatisierendes Verständnis zu ersetzen, nicht und finden, dass Transsexualität nicht nur auf die Geschlechtsidentität reduziert werden kann.**

Die Grünen unterstützen die Anpassung von Dokumenten für transsexuelle Personen ohne Angabe von Gründen oder Vorlage von medizinischen Gutachten, um mögliche herabwürdigende Meinungen von PsychoanalytistInnen und PsychologInnen zu vermeiden. **Wir setzen uns für die Depathologisierung von *Trans\*identitäten* ein.**

Zwar ist das Format von Identitätsausweisen in der EU harmonisiert, doch gibt es kein EU-weit

einheitliches System. Daher obliegt es den Mitgliedstaaten, ihre diesbezügliche Gesetzgebung zu ändern. **Sollte es aber künftig neue EU-Richtlinien zu Identitätsausweisen geben, zum Beispiel im Bericht der Geschlechtsanpassung und -anerkennung, werden die Grünen Änderungsvorschläge einbringen, um die EU-weite Gesetzgebung auf dasselbe Niveau wie die Gesetzgebung Argentiniens zu bringen.**

Die Grünen sind nicht einverstanden mit einem einseitigen Verständnis von Geschlechtsidentität und nehmen das Thema sehr ernst. Wir werden auch im zukünftigen Parlament die Rechte von transsexuellen Personen gegen Diskriminierungen verteidigen.

Die Kriterien für öffentliche Förderungen sollten sich selbstverständlich für Personen, die nicht den gesellschaftlichen Gender-Normen entsprechen, nicht unterscheiden.

Wir werden auch weiterhin die gesellschaftliche Anerkennung von transsexuellen Personen fördern und uns dafür einsetzen, dass sie mehr Sichtbarkeit in der Gesellschaft erlangen.

# **DIE LINKE.**

## **Die LINKE**

Jennifer Michelle Rath  
Listenplatz 17 Europaliste der Partei DIE LINKE

DIE LINKE unterstützt transsexuelle Menschen in ihrem Kampf um rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung. Im Europaparlament, dort existiert bekanntlich kein Antragsrecht, hat DIE LINKE Resolutionen und **Berichte unterstützt bzw. für diese votiert, die die auf die Menschenrechtsverletzung -begangen an transsexuellen Menschen -hinweisen.** Dies werden die Abgeordneten der LINKEN fortführen. DIE LINKE setzt sich konkret für den **Ausbau des Diskriminierungsschutzes, also weitere EU-Antidiskriminierungsrichtlinien, ein.** DIE LINKE hat im damaligen **rot-roten Berliner Senat die Initiative für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt,** mit einem Schwerpunkt auf Bildung, entwickelt. DIE LINKE wird darauf hinwirken, dass solche Initiativen auch in anderen EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden.

Sichtbarkeit und Sichtbarmachung ist Teil jedes Kampfes um Anerkennung. In der *LSBTIQ*-Szene sind zumeist schwule Männer dominierend. DIE LINKE unterstützt transsexuelle Menschen in ihrem Kampf um gesellschaftliche Sichtbarkeit.

In der LINKEN gibt es verschiedene Vorstellungen über Geschlechter und Geschlechterverhältnisse. Es ist jedoch eindeutig so, dass DIE LINKE biologistische Vorstellungen ablehnt. DIE LINKE geht davon aus, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Diese sind alle gleichwertig und müssen gleichermaßen anerkannt werden.

In Publikationen und Statements der LINKEN wird der Begriff „Identitätserleben“ nicht verwendet. **Wie oben erwähnt, geht DIE LINKE weder von echten noch von falschen Geschlechtern aus.**

DIE LINKE geht nicht davon aus, dass Transsexualität eine Krankheit ist oder **behandlungsbedürftig** ist. Die **Pathologisierung** von transsexuellen Menschen lehnt DIE LINKE ab.

**DIE LINKE hat die Entscheidung der argentinischen Regierung begrüßt. DIE LINKE fordert, dass alle Menschen ihren Personenstand frei wählen dürfen.** DIE LINKE hat dieses Anliegen bereits vor der Entscheidung des europäischen Parlaments forciert. In den Deutschen Bundestag brachte DIE LINKE hierzu einen Antrag ein (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/059/1705905.pdf>).

DIE LINKE arbeitet **eng mit Betroffenen und ihren Organisationen** zusammen. Wir unterstützen die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und fordern ihren Ausbau, auch diese arbeitet nicht mit der „Psycho-und Medizinlobby“ zusammen. Ein Ausbau der Arbeit der ADS wirkt Pathologisierungen entgegen. Ähnliche Behörden sollten in allen EU-Mitgliedstaaten mit einer auskömmlichen Finanzierung ihre Arbeit leisten.

Die Vergabe öffentlicher Gelder verleiht bestimmten Gruppen oder Verbänden Legitimität. DIE LINKE tritt für den **Ausbau der Selbsthilfe der Betroffenen ein. DIE LINKE wendet sich dagegen, dass Gruppen unterstützt werden, die sexuelle oder geschlechtliche Minderheiten pathologisieren oder gar heilen wollen. Zuletzt hat sich DIE LINKE gegen sogenannte**



**„Homoheiler“ eingesetzt.**

DIE LINKE wird im europäischen Parlament weiterhin - wie oben erwähnt - Berichte und Resolutionen in diesem Bereich unterstützen bzw. für diese votieren. Wir setzen uns für die Anerkennung transsexueller Menschen auf allen Ebenen ein.

---

Ergänzung (aus der email von Jennifer Michelle Rath):

„Es ist wichtig das Menschen des **LSBTTIQ-Spektrums** mehr Sichtbarkeit erlangen. Diesbezüglich ist es wichtig das Menschen die anders leben, anders sind oder sich anders verhalten auch in Bildung thematisiert und richtig dargestellt werden, damit Diskriminierung, Mobbing und soziale Ausgrenzung besser abgebaut werden können. Denn auch heute noch ist die Gesellschaft durch Unsicherheit, Unwissenheit und Angst mit unbegründeten Vorurteilen behaftet. Deswegen sind Aufklärung und Präventionsmaßnahmen wichtig um Vorurteile abzubauen [...].“



## FDP (Freie Demokratische Partei)

Office Alexander Graf Lambsdorff, MEP  
European Parliament I ASP 10 G 136

Am 4. Februar hat das Europäische Parlament mit Unterstützung der FDP eine Entschließung zu dem EU-Fahrplan zur Bekämpfung von *Homophobie* und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität angenommen. Darin wurde die Kommission als Initiator von Rechtsetzungsvorschlägen aufgefordert, eine umfassende Strategie gegen die Diskriminierung von *Lesben, Schwulen, bi-, trans-, und intersexuellen Menschen (LSBTI)* in den Mitgliedstaaten vorzulegen. Dahinter steckt die Idee des Europäischen Parlaments bestehende Lücken im Diskriminierungsschutz zu schließen. Schon 2012 hat das Europäische Parlament mit Unterstützung der FDP jede Form der Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung und Geschlechtsidentität verurteilt und gleichzeitig sein Bedauern darüber geäußert, dass in den Mitgliedstaaten der EU die Grundrechte der LSBTI noch nicht umfassend gewährt werden.

Die FDP ist grundsätzlich der Auffassung, dass die **Kommission ihre Politik gegen Diskriminierung unbedingt verstärken muss und angemessene Mittel zur Verfügung stellen muss, um Projekte die der Unterstützung der Grundrechte, der Gleichberechtigung und der Antidiskriminierungspolitik in der EU und in den Mitgliedstaaten förderlich sind, zu unterstützen.** Gleichzeitig muss sie Mitgliedstaaten, die gegen die Grundrechte der *LSBTI* verstoßen, zur Rechenschaft ziehen.

Die FDP hat die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. Dezember 2012 zur Lage der Grundrechte in der Europäischen Union unterstützt, in welcher missbilligt wird, dass *Transgenderpersonen* in vielen Mitgliedstaaten noch immer als psychisch krank betrachtet werden. **Ferner werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, rechtliche Verfahren zur Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit auf der Grundlage des argentinischen Modells einzuführen oder zu überarbeiten und die Voraussetzungen (einschließlich Zwangssterilisation) für die Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit zu überprüfen.**



## Piratenpartei Deutschland

Thomas Ganskow  
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Wir setzen uns politisch für folgende Ziele ein: **Das Merkmal „Geschlecht“ soll nicht länger durch staatliche Behörden erfasst werden.** Übergangsweise kann die Erfassung seitens der Behörden durch eine von den Menschen selbst vorgenommene Einordnung erfolgen, wobei eine Selbsteinordnung auch jenseits von „männlich“ und „weiblich“ möglich sein muss. **Änderungen des eigenen Vornamens und des Personenstands sollen unbürokratisch per Antrag möglich sein;** im bisher gegebenen Gutachterverfahren sehen wir eine **entmündigende Diskriminierung** der Betroffenen und lehnen es daher strikt ab.

Transgeschlechtlichkeit ist keine psychische Krankheit. **Eine Erfassung von Transgeschlechtlichkeit als Diagnose in Kategorisierungswerken für psychische Krankheiten (z.B. F64.0 und F64.2 im ICD10 bzw. 302.85 und 302.6 DSM IV) lehnen wir ab.**

Wir setzen uns für eine **selbstbestimmte und umfassende medizinische Versorgung von transgeschlechtlichen Menschen** ein, die von den Krankenkassen **vollständig übernommen** wird. Gesicht, Stimme, Brüste etc. sind dabei für das Sozialleben von besonderer Bedeutung und dürfen auf keinen Fall mit so genannten „Schönheitsoperationen“ gleichgesetzt werden.

Jugendlichen Transmenschen muss auf Wunsch zeitnah eine pubertätsstoppende Medikation ermöglicht werden, um körperliche Merkmale, die nicht dem eigenen Geschlecht entsprechen, gar nicht erst entstehen zu lassen. Ansprüche auf professionelle Beratung und Unterstützung sollten daher im Rahmen des Kinder- und Jugendgesetzes verankert werden.

Transgeschlechtlichkeit muss auch im Unterricht auftauchen, um Respekt zu fördern und Diskriminierung zu verhindern. Lehrkräfte müssen bereits in der Ausbildung sensibilisiert werden, um später einen solchen Unterricht durchführen und transgeschlechtliche Kinder kompetent unterstützen zu können, Mobbing zu verhindern usw. Zusätzlich können spezielle Projekte an und für Schulen gefördert werden.

Art. 3 Abs. 3 GG soll durch das Merkmal Geschlechtsidentität ergänzt werden.

Es taucht gelegentlich die Frage auf, wieso Krankenkassen für die Behandlung aufkommen sollen, obwohl wir doch die Einstufung als Krankheit für falsch halten: Dem entgegen wir, dass auch Hilfen und Behandlungen für Schwangere durch die Krankenkassen bezahlt werden, obwohl man Schwangerschaft wohl kaum als Krankheit ansehen kann.

[Sichtbarkeit, Anm. ATME] halten wir für sehr wichtig. Alle Menschen müssen das Recht haben, ihre Anliegen gleichberechtigt öffentlich zu machen und gehört zu werden. Nur mit Sichtbarkeit und Aufklärung über geschlechtliche Vielfalt lassen sich Respekt und Teilhabe für transgeschlechtliche Menschen langfristig sicherstellen.

**Wir lehnen die Redeweise vom „gefühlten Geschlecht“ ab** und sind der Meinung, dass

Menschen selbst am besten wissen, welches Geschlecht sie haben. Wir setzen uns deshalb konsequent dafür ein, dass alle Menschen auf allen rechtlichen und politischen Ebenen sowie in der öffentlichen Wahrnehmung die Definitionshoheit über ihr eigenes Geschlecht erhalten in allen Ländern (nicht nur) Europas.

Der [...] mitbeantwortenden AG Transrecht ist das Problem eines unterstellten „Erlebens“, „Fühlens“, „Glauben zu sein“ (o. ä.) und die damit erfolgende Unterstellung einer psychischen Devianz sehr bewusst, ebenso wie die dadurch erfolgende Bestärkung transfeindlicher Vorurteile. Wir als Partei sprechen uns insgesamt für konsequente Selbstbestimmung über das eigene Geschlecht aus. **Wir sind der Meinung, dass es „echte“ und „unechte“ Personen welchen Geschlechts auch immer nicht gibt und lehnen solche Formulierungen daher ab.**

Transparenz ist eines der Kernthemen der Piratenpartei. Ziel von Transparenz ist es, Verquickungen zwischen Organisationen und Lobbygruppen sowie der Politik offenzulegen. Missbrauch von Deutungshoheit zu Gunsten persönlicher Interessen (bspw. Werbung für die eigenen wissenschaftlichen Arbeiten, den Verkauf bestimmter Medikamente, Zwang zur psychotherapeutischen Begleitung) und zum Leidwesen der Betroffenen sowie zu Lasten der Qualität der Behandlung dieser, lehnen wir ab. Wir Piraten sind inklusiv und akzeptieren jede Varianz. Wir heissen die menschliche Vielfalt willkommen, eine Pathologisierung von menschlichen Entfaltungen und Entwicklungen lässt sich mit unserem Menschenbild daher nicht vereinbaren.

**Transgeschlechtliche Menschen sollten ihren Personenstand sofort und ohne bürokratische Hürden korrigieren können.** Langfristig planen wir allerdings einen Hack, nämlich das Merkmal „Geschlecht“ überhaupt nicht mehr staatlich zu erfassen. Das entspricht unserem Prinzip der staatlichen Datensparsamkeit und wir sehen keine Notwendigkeit der Erfassung. Im Gegenteil führt das Prinzip der staatlichen Geschlechterfassung zu verschiedenen Problemen (z. B. für Transmenschen im Personenstandsrecht, für homosexuelle Paare, die heiraten oder Kinder adoptieren möchten, für Menschen, die sich keinem Geschlecht zugehörig fühlen etc.).

Derzeit sehen wir als Partei, die noch nicht im Europäischen Parlament oder im Bundestag sitzt, eher wenig Möglichkeiten [mitzuhelfen, dass das argentinische Modell in Ländern der EU in nationales Recht aufgenommen wird, Anm. von ATME] . Wenn wir Sie bei einer diesbezüglichen Kampagne unterstützen können, tun wir dies jedoch gerne. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass das Europäische Parlament das Initiativrecht bekommt, um so selbst entsprechende Gesetzesvorlagen einzubringen.

**Nur durch Bildung können die Menschenrechtsverletzungen gegenüber transgeschlechtlichen Menschen beendet werden.** Dies betrifft in besonderem Masse die medizinischen Berufe und die Psychologie, aber auch Behörden, und im allgemeinen die gesamte Gesellschaft.

Wir setzen uns seit unserer Gründung für mehr demokratische Teilhabe ein. Demokratie ist mehr als Repräsentation. Durch Werkzeuge wie LiquidFeedback und OpenAntrag sehen wir die Chance, Menschen mit Expertise und von politischen Vorhaben Betroffene politisch besser einzubinden und ihnen Gehör zu verschaffen. Auf <http://openantrag.de/> geben wir zum Beispiel allen Menschen die Möglichkeit, uns Anträge und politische Anliegen vorzuschlagen, die wir dann in den Parlamenten vertreten, in denen wir derzeit vertreten sind.

Ergänzung (Anmerkungen der Antwortenden):

„Liebe Fragestellenden, einige Eurer Fragen konnten wir leicht beantworten, da wir dazu gute und umfassende Programmpunkte haben, andere sind uns etwas schwerer gefallen. Einiges von dem, was ihr erfragt, war uns nicht oder jedenfalls nicht allen aus dem Team der Antwortenden im Detail bewusst. Die Lektüre Eurer Texte hat uns zum Teil noch einmal neue Perspektiven

eröffnet. Für den gesamten Themenbereich sehen wir noch innerparteilichen Aufklärungs- und Weiterbildungsbedarf. Falls ihr Interesse habt, uns Eure Perspektiven zu erläutern, nehmen wir diese Unterstützung dabei gerne an.“